

## VIII. Ökumene

Während der Zeit des Nationalsozialismus, vor allem während des Zweiten Weltkrieges, stand die Ökumene unter einer besonderen Zerreißprobe. Dem nationalsozialistischen Regime einerseits waren die internationalen Kontakte, insbesondere dissidenter kirchlicher Vertreter, ein Dorn im Auge. Den internationalen Gesprächspartnern andererseits waren Repräsentanten der institutionellen Deutschen Evangelischen Kirche öfter ebenfalls aus politischen Gründen suspekt. Dennoch war auf ökumenischen Wegen selbst die Unterstützung von Flüchtlingen und auch ein Austausch von Informationen aus dem deutschen Widerstand möglich.

Ökumene wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg und der Gründung des Völkerbundes am 10. Januar 1920 zunehmend institutionalisiert. Sie existierte dementsprechend in der ausgehenden Weimarer Republik in drei großen Betätigungsfeldern, die auch während der Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland weiter bespielt wurden: Neben den Weltmissionskonferenzen spielten vornehmlich die Konferenz für Praktisches Christentum (*Life and Work*) und jene für Glauben und Kirchenverfassung (*Faith and order*) die entscheidenden Rollen. Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg wurden 1938 und 1939 die Pläne für die Gründung eines Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) diskutiert und präzisiert. Durch die politische Situation in Deutschland war auch die ökumenische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene in

dieser Zeit sehr erschwert. Wo sie stattfand, diente sie vor allem der Bekämpfung sozialer Probleme.

## 1. Ökumenische Ereignisse 1933 bis 1945

Vom 24. bis 30. August 1934 tagten auf der dänischen Insel Fanø der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen sowie die Weltkonferenz der Bewegung für Praktisches Christentum (*Life and Work*) [vgl. Boyens 1969, 110-112]. An dieser Konferenz nahmen von deutscher Seite prominente Vertreter der Bekennenden Kirche (BK), wie der Präses der Bekenntnissynode der westfälischen Provinzialkirche und zugleich Schlüsselfigur auf den Reichsbekenntnissynoden Karl Koch und der Leiter der deutschen Jugenddelegation des Rates Dietrich Bonhoeffer, teil. Die internationalen Delegierten stellten sich - auch veranlasst durch Bonhoeffers Vortrag *Kirche und Völkerwelt* - in einer Resolution explizit auf die Seite der BK. Als legale Körperschaft konnten sie diese allerdings nicht anerkennen. Gleichzeitig kritisierten sie dennoch die Maßnahmen der Reichskirchenregierung. Damit wurde auch ein Problem in der ökumenischen Zusammenarbeit virulent, welches die Zeit des »Kirchenkampfes« prägte. Es war nämlich bis zur Konferenz in Fanø nicht geklärt, welche Institution überhaupt der authentische Repräsentant des deutschen Protestantismus in dieser Zeit waren: Die offizielle Deutsche Evangelische Kirche oder die BK. Auf Fanø wurde neben Bonhoeffer in Abwesenheit und gegen den Protest von Bischof Theodor Heckel, Leiter des Außenamtes der Deutschen Evangelischen Kirche, auch Koch in den Rat der Bewegung *Life and Work* gewählt. Vom 20. bis 26. August 1936 nahm Letzterer in dieser

Funktion an der Ratstagung in Chamby persönlich teil. Mit der Entscheidung der Versammlung in Dänemark zugunsten der BK wurde die ökumenische Zusammenarbeit allerdings fortan durch die Nationalsozialisten massiv behindert, indem den deutschen Delegierten die Ausreise für ökumenische Versammlungen untersagt wurde [vgl. Frieling, 118]. Bischof Heckel äußerte bereits im August 1934 massives Unbehagen bei dem Präsidenten von *Life and Work* Bischof George Bell von Chichester darüber, dass dieser bzw. der ÖRK sich zu stark auf die Seite der BK in Deutschland stelle, zumal diese die offizielle Kirchenleitung in Deutschland geradezu bekämpfe.

Mit den großen ökumenischen Konferenzen kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges in Oxford und Edinburgh im Juli und August 1937 wurden »die Weichen gestellt [...] für die endgültige Konstituierung des Ökumenischen Rates der Kirchen« [Lindt, 184]. Deutsche Vertreter waren aufgrund eines Verbotes von Hitler – ausgenommen der Methodistenbischof Otto Melle in Oxford, der ein flammendes Bekenntnis zum »Führer« ablegte – auf den Konferenzen nicht zugegen.

In Oxford tagte die Konferenz für *Life and Work* vom 12. bis 26. Juli 1937 [vgl. Boyens 1969, 144-165]. Diese Bewegung wurde vor allem im Skandinavischen Raum stark vorangetrieben. Der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom war dabei als führende Kraft aufgetreten. Nach Söderbloms Tod wurde Hermann Kapler, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Vorsitzender der kontinentalen Sektion von *Life and Work*. Ziel der Bewegung war es, die Gemeinschaft der Kirchen gerade im Bereich der Ethik bzw. bei der Lösung virulenter sozialer Probleme zu pflegen. Hauptsächlich in diesem Feld sah man die Notwendigkeit zur ökumenischen Zusammenarbeit. Dementsprechend war auch die Themenset-

zung in Oxford. Dort sollte das Verhältnis von Kirche, Volk und Staat fokussiert werden. Dieser Themenschwerpunkt war lange schon geplant worden, nun aber besonders aktuell. Schlussendlich drückte die Konferenz vor allem ihre Verbundenheit mit der BK in Deutschland aus. Joseph H. Oldham interpretierte in der Einleitung zum Kongressband seine Zeit als eine neue Periode des Kampfes zwischen der Kirche und der weltlichen Macht. Bedrohlich erschien dem Schotten besonders der totalitäre Anspruch von modernen gesellschaftlichen Systemen. Hauptthema der Konferenz sei dementsprechend der »Kampf auf Leben und Tod zwischen christlichem Glauben und den säkularen und heidnischen Strömungen unserer Zeit.« [Lindt, 185] Dementsprechend forderte die Konferenz - vergleichbar den Parolen im deutschen »Kirchenkampf« -, dass die Kirche wahrhaft Kirche bleiben müsse. Der Optimismus in der Reich-Gottes-Ethik des amerikanischen Social Gospel erschien angesichts fortschreitender Säkularisierung jedenfalls nicht mehr praktikabel - vielmehr versuchte man ein neues ökumenisches Sozialethos zu entwickeln, das unter dem Begriff »Mittlere Axiome« zusammengefasst wurde [Frieling, 294]. Es sollten weder allgemeine theologische Grundsätze noch detaillierte ethische Ratschläge entwickelt, sondern vielmehr eine Mittelposition in der Sozialethik angestrebt werden. Die Kirchen sollten sich als »ökumenische Gemeinschaft« und »ökumenische Kirche« jenseits nationaler, kultureller oder konfessioneller Grenzen verstehen - eine Botschaft, die sehr aktuell auf die Nationalismen und die Totalitarismen der Zeit reagierte [vgl. Oldham, 240]. In Ansätzen wurde diese Ekklesiologie bereits auf der Konferenz gelebt. Oldham äußerte sich wörtlich in seiner Einleitung:

»Es ist kaum möglich, denjenigen, die nicht dabei waren, einen Begriff davon zu geben, was die tägliche gemeinsame Anbetung in einem aus vielen Ländern, Völkern und Rassen zusammengesetzten Kreise, in dem so viele verschiedene kirchliche Strömungen und Bekenntnisse vertreten waren, für diejenigen bedeutet, die daran teilnahmen. In den Zeiten der Stille hatte man das überwältigende Gefühl, dass in der Welt des Geistes etwas geschehe, und dass man in den kommenden Jahren erwarten dürfe, im Aufbrechen neuen Lebens nach unzähligen Richtungen hin eine Antwort auf die gemeinsam vor Gott gebrachten Gebete zu erleben.« [Oldham, 19f.]

Kurz nach der Versammlung in Oxford fand in Edinburgh vom 3. bis 18. August 1937 die zweite Weltkonferenz für *Faith and Order* statt. Dieses Zusammentreffen wurde überwiegend von den anglikanischen Kirchenführern gefördert und geprägt. Aufgabe von *Faith and Order* war es, die trennenden theologischen Elemente in den Konfessionen festzustellen und nach Möglichkeiten der Wiedervereinigung zu suchen. Die Konferenz in Edinburgh wurde auf Betreiben des damaligen Erzbischofs von York William Temple durchgeführt [Gloede, 76]. Sie stand unter dem Vorzeichen einer »christologischen Konzentration« in der ökumenischen Bewegung [Frieling, 221]. Anstatt sich auf die Suche nach Kompromissformeln zu fixieren, konzentrierte man sich nun auf das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus, das die Grundlage für die Einheit im Glauben darstellte. Auch die Gegenwart Christi durch den Heiligen Geist wurde hervorgehoben. Die Diskussion der Gnadentheologie stand mit im Zentrum der Verhandlungen – sie kam im zweiten Kapitel des Schlussberichts jedenfalls deutlich zum Ausdruck [vgl. Vischer, 42–46]. Unterschiedliche

Ansätze speziell in den protestantischen Lagern wurden nun nicht mehr als Grund für das Aufrechterhalten der Scheidung zwischen den Kirchen angesehen [vgl. ebd., 44]. Damit war der Grund für innerprotestantische Unionsverhandlungen gegeben, der letztlich zur Leuenberger Konkordie von 1973 führte.

Besondere Beachtung in der Geschichte der Ökumene verdient auch die Weltmissionskonferenz, die 1938 im südindischen Tambaram bei Madras stattfand. Sie setzte sich zum ersten Mal mehrheitlich aus Delegierten der außereuropäischen, sog. »Jungen Kirchen« zusammen. Bei dieser Konferenz waren – anders als in Oxford und Edinburgh – auch mehrere deutsche Teilnehmer wie die Missionswissenschaftler Martin Schlunk und Carl Ihmels zugegen. Mit Alice Bühring von der Berliner Mission war auch eine Frau Mitglied der sechsköpfigen Delegation. Hanns Lilje, der ursprünglich für die Vertretung des Lutherischen Weltbundes vorgesehen war, erhielt keine Reiseerlaubnis und war durch Schlunk ersetzt worden. Thematisch beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verhältnis von Christentum und Kultur. Dabei setzte sie deutlich andere Akzente als viele Theologen in Deutschland, besonders im Vergleich mit der dialektischen Theologie. So wurde deutlich, dass es vielen, wenn auch keineswegs allen »außereuropäischen« Christen, um eine positive Verhältnisbestimmung im Sinne der Inkulturation des Christentums in andersreligiös geprägten Kulturen ging, während die Vertreter aus Europa angesichts der zeitgeschichtlichen Entwicklungen geradezu eine entgegengesetzte Richtung verfolgten. Dementsprechend äußerte etwa eine Gruppe kritischer indischer Christen in Tambaram:

»In Europa und anderen christlichen Ländern sehen die Christen nur Jesus. In der einzigartigen Situation Indiens [...] sehen wir Jesus in der Gesellschaft anderer Religionsstifter und Menschheitserlöser – Buddha, Rama, Krishna. Das Christentum hier bewegt sich und wirkt in der Mitte von lebenden, aktiven Religionen, die die Verordnung (sic!) von Millionen von Menschen genießen. [...] In Indien machen diese Religionen – was ihre Zahl und ihren Einfluß angeht – gegenseitige Aufmerksamkeit und Respekt dringend erforderlich.« [Koschorke/Ludwig, 85]

Während in Oxford den Nationalismen eine deutliche Absage erteilt worden war, votierte in Tambaram beispielsweise der nigerianische Bischof Alexander Babatunde Akinyele für weniger Tribalismus und mehr Nationalismus in seiner Heimat. Auf breite Ablehnung der Delegierten stießen allerdings die volkums- und ordnungstheologischen Ansätze der deutschen Vertreter und Vertreterinnen, die sie in einer eigenen Erklärung auf der Konferenz zum Ausdruck brachten. Sie kamen dabei der Rassenideologie der Nationalsozialisten auf bedenkliche Weise nahe und entsprachen so gar nicht der Tendenz der Völkerverständigung auf der Konferenz.

Auf der 2. Weltkonferenz für Life and Work 1937 in Oxford und auf der 2. Weltkonferenz für Faith and Order in Edinburgh wurde die verstärkte Zusammenarbeit der beiden ökumenischen Bewegungen beschlossen. Sie sollten in einen gemeinsamen Ökumenischen Rat der Kirchen münden [vgl. Vischer, 80]. Bei diesen Überlegungen waren deutsche Theologen aus den genannten Gründen weitgehend unbeteiligt. Erst bei der tatsächlichen Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam nahmen auch sie teil. Vor und auch wäh-

rend des Krieges brachen allerdings die Kontakte zwischen der BK und der institutionellen Ökumene keineswegs ab. Vorgänge in Deutschland, wie die Inhaftierung Martin Niemöllers, wurden ebenso weltweit rezipiert wie die Bußliturgie der 2. Vorläufigen Leitung der DEK, die 1938 global in vielen Kirchen gebetet wurde.

Vom 9. bis 12. Mai 1938 wurden von Vertretern von *Life and Work* und *Faith and Order* bei einem Treffen in Utrecht weitere Schritte zu einer engeren kirchlichen Zusammenarbeit unternommen. Beiden Bewegungen sollten nun auch gemeinsame Formen gegeben werden. Auch der Entwurf einer Verfassung für einen Ökumenischen Rat der Kirchen wurde erstellt und ein provisorisches Komitee in Genf eingerichtet, dessen Präsident Erzbischof William Temple wurde. Als Generalsekretär des Komitees wurde Willem Visser 't Hooft eingesetzt, der in dieser Zeit ein Büro in Genf bezog [Gloede, 303 f.]. Von dort aus nahm man im Frühjahr 1939 bereits Stellung zur Kirche in Kriegszeiten und stellte unter Berufung auf die Oxforder Konferenz von 1937 fest:

»Wenn der Krieg ausbricht, muß die Kirche erst recht und in unverkennbarer Weise Kirche sein; dann erst recht muß sie eins bleiben, als der eine Leib des Christus, wenngleich die Völker, unter denen sie lebt, gegeneinander kämpfen.« [Boyens 1973, 385]

Gebet und Verkündigung seien dementsprechend lediglich dem Evangelium und keineswegs der eigenen Nation oder deren Kriegsführung verpflichtet. Freilich sollte diese Einstellung, primär nach der Meinung Karl Barths, aber auch der des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates Visser 't Hooft,

keine Indifferenz gegenüber dem Nationalsozialismus zur Folge haben. Während die Schweizer Theologen eher aktiv das Unrecht im Nationalsozialismus offen benennen wollten, drängten z. B. die skandinavischen Kirchen, vertreten u. a. durch den Primas der norwegischen Kirche Eivind Berggrav, zumindest zu Kriegsbeginn noch auf Vermittlung [vgl. Boyens 1973, 61-66]. Visser 't Hooft betonte in dieser Zeit, dass der ÖRK zwar ohne Mandat durch die Kirchen, aber in eigener Vollmacht »so konkret wie möglich in die Situation dieses Krieges hinein mit Wort und Tat« Stellung beziehen sollte [Lindt, 245]. Vor allem kleine Nationen seien vor der Vergewaltigung ganzer Völker zu schützen.

Das provisorische Komitee traf sich auch in den Folgejahren mehrmals, so zum ersten Mal im Januar 1939 in St. Germain. Dort wurde eine erste Weltkonferenz des Ökumenischen Rates für den August des Jahres 1941 geplant und eine Kontaktaufnahme mit dem Vatikan unternommen. Unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde vom 24. Juli bis zum 2. August 1939 u. a. auch die Konferenz der christlichen Jugend der Welt in Amsterdam durchgeführt.

Der Kontakt untereinander war während der Kriegszeit für die einzelnen Kirchen von starker Bedeutung. Dies galt insbesondere im Blick auf die Politik der DEK: Im Sommer 1940 plante das kirchliche Außenamt derselben, mit der deutschen Vorherrschaft in Europa auch eine kirchliche Neuorganisation zu verbinden. Dementsprechend wurde auch der Genfer Stab dazu aufgefordert, die Verbindungen mit England und Amerika abubrechen. Die Genfer Zentrale kam diesem Ansinnen allerdings nicht nach, sondern betätigte sich vielmehr gleichsam als »Drehscheibe gerade auch des untergründigen kirchlichen Nachrichtenaustausches« [Lindt, 247] vorrangig aus den

vom Deutschen Reich besetzten Ländern. Eine wichtige Rolle nahm dabei der deutsche Mitarbeiter des Genfer Stabes Hans Schönfeld ein, der sich als Emissär des Kirchlichen Außenamtes tarnte und scheinbar eine »zweilightige Rolle« [Lindt, 247] spielte. Der deutsche »Kirchenkampf« wurde so zunehmend von Vertretern der Ökumene wie Visser 't Hooft auch als europäischer »Kirchenkampf« verstanden.

Nach den entscheidenden Schlachten bei Stalingrad (23.8.1942–2.2.1943) und El Alamein (23.10.–4.11.1942) wurde der Ausgang des Krieges immer absehbarer. In Genf begann man nun bereits, die Planung für Nachkriegsaufgaben in die Hand zu nehmen. Dabei wurde ebenfalls über die Aufgabe nachgedacht, wie mit Schuld, Leid und Hass bei Siegern wie bei Besiegten umzugehen sei und wie Versöhnung möglich würde. Ende April 1945 war die Formulierung eines solchen Wortes der Versöhnung bei der ersten Sitzung des Vorläufigen Ausschusses in London, bei der sich Vertreter der siegreichen und befreiten Länder trafen, noch nicht möglich. Erst mit dem Stuttgarter Schuldbekennnis, das die deutschen Kirchenvertreter nach der Kapitulation formulierten, wurde ein Prozess der Versöhnung eingeleitet, der mit der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 seinen Höhepunkt erreichte. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer transnationalen und transkonfessionellen Zusammenarbeit der Kirchen in einem gemeinsamen Ökumenischen Rat ist durch den »Kirchenkampf« und den Zweiten Weltkrieg stark gefördert worden.

## 2. »Kirchenkampf« und Ökumene

Vertreter der Ökumene haben die Machtergreifung Hitlers am 20. Januar 1933 aus unmittelbarer Nähe mitbekommen. Am 30. Januar befand sich jedenfalls der Exekutiv-Ausschuss des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen in Berlin. Er war durch den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Hermann Kapler, dorthin eingeladen worden [vgl. Hermle, 92]. Auch der Verwaltungsausschuss des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum tagte vom 3. auf den 4. Februar vor Ort.

Vom NS-Regime wurden vor allem die Kontakte des Pfarrernotbundes ins Ausland kritisch beobachtet, da man Mitteilungen innenpolitischer Interna Deutschlands ins Ausland fürchtete. Daher versuchte Reichsbischof Müller in Absprache mit Hitler, durch die Errichtung eines Kirchlichen Außenamtes unter der Leitung von Oberkirchenrat respektive Bischof Theodor Heckel die Außenkontakte deutscher Theologen zu kontrollieren. Dessen starke Prägung durch die Deutschen Christen (DC) wurde für die ökumenischen Kontakte zum Problem. Für Vertreter der BK bedeutete dies, dass sie zunehmend nur in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wie dem Auswärtigen Amt Beziehungen ins Ausland pflegen konnten [vgl. Hermle, 93]. In diesem Sinne waren vor allem Dietrich Bonhoeffer, Eugen Gerstenmaier und Hanns Lilje tätig [vgl. ebd., 94]. Das Kirchliche Außenamt plante hingegen – wie bereits erwähnt – insbesondere während des Zweiten Weltkrieges auch die »kirchliche Ordnung« Europas und selbst des ÖRK neu [vgl. Boyens 1973, 83–97].

Die Frage nach dem Miteinander der Kirchen über die nationalen und konfessionellen Grenzen hinaus gewann in dieser

Zeit für Vertreter der BK zunehmend an Bedeutung. Durch die Information über Ereignisse in Deutschland mittels der kirchlichen Kanäle konnten einige Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung abgefedert oder gar beendet werden, wie z. B. die »Euthanasie«- Maßnahmen. So tagte beispielsweise vom 8. bis zum 16. November 1933 der Exekutiv-Ausschuss des Lutherischen Weltkonventes in Hannover. Zu dem damals virulenten Problem des Arierparagraphen nahm der Konvent keine öffentliche Stellung ein. In einem Gespräch mit Reichsbischof Müller wiesen die Vertreter aber auf Schäden hin, die die deutsche Kirche sich selbst dem Ausland gegenüber zugezogen habe. Daraufhin sagte Müller ein Gesetz zur Aufhebung des Arierparagraphen zu.

Die NS-Führung stellte die Unterstützung der BK durch die ausländischen Kirchen als gegen Deutschland gerichtete, politische Aktionen dar. Sie bezeichnete dementsprechend die Pflege ökumenischer Kontakte als Landesverrat. Dagegen spricht, dass der BK auch während des Krieges von solchen Staaten Interesse entgegengebracht wurde, die neutral waren. Die Unterstützung derselben war also vor allem bestimmt von der Sorge um die deutsche Christenheit.

Gerade schwedische Theologen wie Erzbischof Erling Eidem, Anders Nygren und der schwedische Gesandtschaftspfarrer in Berlin Birger Forell traten für die BK ein. Letzterer engagierte sich u. a. für die Vermittlung von aus rassistischen Gründen verfolgten Menschen so stark, dass er 1942 von der Gestapo gezwungen wurde, Berlin zu verlassen. Er hatte auch Kontakte zwischen der BK und schwedischen Theologen vermittelt.

Im Exekutiv-Komitee des Lutherischen Weltkonventes wurde regelmäßig über die Lage in Deutschland berichtet. Die

»Barmer Theologische Erklärung« wurde dabei aber auffälligerweise nicht erwähnt. 1935 wurde der Hannoveraner Bischof August Marahrens zum Präsidenten des Exekutivausschusses gewählt. Er hielt sich allerdings aufgrund seiner unkritischen, nationalkonservativen Ausrichtung und seines Patriotismus mit kritischen Aussagen über die Situation in Deutschland stark zurück und förderte dadurch die Unterstützung des »Kirchenkampfes« aus dem Ausland nicht aktiv mit.

In der Schweiz war Karl Barth seit seiner Entlassung aus dem deutschen Staatsdienst 1935 ein wirkungsvoller Berichtserstatter des »Kirchenkampfes«. Selbst in ländlichen Regionen wie Ostwestfalen wurden Basler Zeitungen mit großer Aufmerksamkeit gelesen und gelegentlich sogar beschlagnahmt.

### **3. Die Ökumenische Bewegung im Zweiten Weltkrieg**

Der Zweite Weltkrieg wurde von der Kirche keineswegs so emphatisch begleitet wie der Erste. Weder zu Kriegbeginn am 1. September 1939 noch zu den großen Siegesfeiern in den Jahren 1941/42 kam es zu geschlossenen, begeisterten Äußerungen und religiöser Verklärung der Kriegseignisse. Wie die nichtkirchlichen waren auch die kirchlichen Äußerungen von großer Zurückhaltung und Nüchternheit geprägt. Die Schrecken des letzten Krieges waren trotz aller Faszination für militärische Ideale noch lebhaft in Erinnerung. Die ökumenische Verbundenheit mit Christen anderer Nationen hielten auch Vertreter aus dem bruderrätlichen Flügel der BK wie der Dozent am illegalen Predigerseminar in Frankfurt Karl Gerhard Steck und den Pfarrer Günter Jacob von enthusiastischen Kriegspredigten ab.

Während des Zweiten Weltkrieges nahm die Bereitschaft zum Widerstand und selbst zum Tyrannenmord bei einigen wenigen Protestanten immer mehr zu. Namentlich der Kreisauer Kreis stand stellvertretend für eine Gruppe von Widerständlern, die Pläne für ein Deutschland nach Hitler entwickelten. In diesen spielte auch die Ökumene eine Rolle. Der pietistisch geprägte Württemberger Eugen Gerstenmaier war in diesem Kontext von Bedeutung. Seit 1936 Mitarbeiter im Kirchlichen Außenamt bei Theodor Heckel war er 1939 auch zur Mitarbeit in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes zwangsverpflichtet worden. Während Heckel selber sein Amt nutzte, um die deutsche Politik, akzentuiert auch die Verhaftungen und antijüdischen Gesetze, zu verharmlosen, engagierte sich Gerstenmaier in einer teilweise sogar entgegengesetzten Richtung. Seit 1942 war er Mitglied des Kreisauer Kreises. Auf seinen Dienstreisen ins Ausland informierte er u. a. in Schweden, der Schweiz und auf dem Balkan über die Pläne der Widerstandskreise [vgl. Hermle, 225 f.]. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. In ähnlicher Mission wie Gerstenmaier war Dietrich Bonhoeffer unterwegs. Er hatte sich bewusst in den Mitarbeiterstab der »Abwehr«, also des deutschen Spionagenetzes, aufnehmen lassen, um ins Ausland reisen zu können. Als Agent der »Abwehr« getarnt, knüpfte er Kontakte zu neutralen und feindlichen Ländern. Im Februar 1941 traf er dementsprechend in der Schweiz nicht nur Karl Barth, sondern auch Vertreter des ÖRK in Genf. Mit Helmuth James Graf von Moltke kam er 1942 nach Oslo und Stockholm, 1943 traf er im schwedischen Sigtuna George Bell. Bell kannte Bonhoeffer bereits aus seiner Zeit als Auslandspfarrer in London von 1933 bis 1935. Jener informierte den britischen Lordbischof von Chichester über die Umsturz-

pläne in Deutschland. Durch Bell ließ Bonhoeffer der britischen Regierung die Bitte mitteilen, London möge ein Zeichen der Bereitschaft zum Friedensschluss mit einer neuen deutschen Regierung nach Hitler geben. Das von Bell überbrachte Anliegen ist freilich an Winston Churchill und Anthony Eden gescheitert.

Auch im Blick auf die Nachkriegszeit entstanden während des Krieges wichtige Kontakte von deutschen Theologen mit Vertretern des ÖRK, vor allem mit Willem Visser 't Hooft. U. a. stand er zu Mitgliedern des Kreisauer Kreises wie Adam von Trott zu Solz in Kontakt. Auch Hans Asmussen hatte zu Visser 't Hooft Kontakt aufgenommen und bereits im Dezember 1942 von einem »riesenhaften Schuldkonto« der Deutschen gesprochen [vgl. Boyens 1973, 144 f. und 243]. Im gleichen Atemzug bat er um die Fortführung des Gesprächs zwischen dem ÖRK und den Christen in Deutschland. Solche Kontakte waren eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz des Stuttgarter Schuldbekenntnisses 1945 und der evangelischen Christen in Deutschland in der Nachkriegszeit.

#### **4. Ökumene und das Engagement für verfolgte Juden und Christen jüdischer Herkunft**

Organisatorische und karitative Hilfe gab es für Christen jüdischer Herkunft und erst recht für Juden im engeren Sinne seitens der Landeskirchen und der Inneren Mission kaum. Vielmehr waren selbst »nichtarische« Christen genötigt, Selbsthilfeorganisationen aufzubauen, die wiederum der Staat streng kontrollierte. Ein entsprechender Zweckverband, u. a. für Kulturveranstaltungen, Stellenvermittlung und Rechtsbera-

tung, wurde im Jahr 1933 gegründet. Aufgrund einer staatlichen Anordnung hieß er seit 1936 »Paulusbund«. Vor dem Hintergrund der Nürnberger Rassegesetze wurden »Volljuden« vollkommen aus dem Verband ausgeschlossen. Für diese richtete der Jurist Heinrich Spiero im Jahr 1937 eine neue Hilfsstelle in Berlin ein. Diese verfügte über ökumenische Kontakte im Ausland. In ihr arbeitete u. a. die Schwägerin von Bischof George Bell namens Laura Livingstone mit.

Die Hilfsstelle arbeitete ab 1939 mit dem sog. »Büro Pfarrer Grüber« zusammen, das von den BK-Bruderräten, einigen intakten Landeskirchen und Teilen der Inneren Mission unterstützt wurde. Dieses betreute 1939/40 zahlreiche Auswanderer, allerdings ausschließlich evangelischer Konfession, durch ein Netz von Beratungsstellen und durch Kontakte zum ökumenischen Flüchtlingsdienst, der vom Weltrat der Kirchen in Genf aufgebaut wurde [vgl. Boyens 1969, 253–256]. Durch das Büro wurde zwischen 1700 und 2000 Menschen die Ausreise ermöglicht und so deren Leben gerettet. Auf katholischer Seite arbeitete als Pendant das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat in Berlin.

Als im Oktober 1940 jüdische Bürger u. a. aus Baden in das Lager Gurs am Fuß der Pyrenäen deportiert wurden, nahm der Heidelberger Pfarrer Hermann Maas Kontakt zum ÖRK in Genf, vor allem mit Adolf Freudenberg, auf. Der ÖRK richtete gemeinsam mit dem französischen Kirchenbund einen Seelsorgedienst für die Deportierten ein [vgl. Hermle, 185 f.; zur Flüchtlingsarbeit des ÖRK auch allgemein Boyens 1973, 40–49].

Der Generalsekretär des ÖRK Visser 't Hooft hatte die Notwendigkeit von Hilfsaktionen für jüdische Mitbürger durchaus im Blick. Bereits im Sommer 1940 formulierte er:

»Wenn es je eine Aufgabe gegeben hat, die ökumenische Solidarität verlangt, so ist es diese. Und wenn es keine ökumenische Bewegung gegeben hätte, so hätte man eine solche Bewegung schaffen müssen mit dem Ziel, christliche Zusammenarbeit in dieser Art von Hilfeleistung zu verwirklichen.« [Boyens 1973, 109]

Der Generalsekretär bat dementsprechend ab der zweiten Jahreshälfte 1942 mehrmals beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes um Hilfe. Auch durch seine Kontakte zu Bonhoeffer, der bei seinen Reisen in die Schweiz aktiv Juden ausschleuste, war Visser 't Hooft über die Lage der Juden in Deutschland gut informiert. Im März 1943 richteten der ÖRK und der Jüdische Weltkongreß ein Memorandum an die Regierungen in Großbritannien und den USA, um auf die katastrophale Situation der Juden im deutschen Machtbereich hinzuweisen und Hilfsaktionen anzustoßen. Dieser Vorstoß stieß allerdings weitgehend auf Ablehnung auch bei britischen Kirchenvertretern, die eine Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Weltkongreß ablehnten. Hilfe wurde dementsprechend ausschließlich auf verborgenen Wegen geleistet – unter anderem durch den in der Genfer Zentrale tätigen früheren deutschen Diplomat Adolf Freudenberg, der dort mit dem Aufbau des Flüchtlingshilfswerk des ÖRK betraut war.

Boyens, Armin: Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation. München 1969.

Boyens, Armin: Kirchenkampf und Ökumene 1939–1945. Darstellung und Dokumentation unter besonderer Berücksichtigung der Quellen des Ökumenischen Rates der Kirchen. München 1973.

- Gloede, Günter (Hg.): Ökumenische Gestalten. Brückenbauer der einen Kirche. Berlin 1974.
- Ludwig, Frieder: Zwischen Kolonialismuskritik und Kirchenkampf. Interaktionen afrikanischer, indischer und europäischer Christen während der Weltmissionskonferenz Tambaram 1938. Göttingen 2000.
- Oldham, Joseph H. (Hg.): Kirche und Welt in ökumenischer Sicht. Bericht der Weltkirchenkonferenz von Oxford über Kirche, Volk und Staat (Kirche und Welt 12). Genf 1938.
- Stavrídes, Basílios Th.: Historia tes Oikoumenikes Kineseos. Athen 1964.
- Vischer, Lukas (Hg.): Die Einheit der Kirche. Material der ökumenischen Bewegung (Theologische Bücherei 30). München 1965.

*Andreas Müller*